

Antrag

der Abgeordneten Cornelia Pieper, Christoph Hartmann, Rainer Brüderle, Ulrike Flach, Daniel Bahr (Münster), Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich Leonhard Kolb, Gudrund Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Ausbildungsplatzabgabe verhindern - Wirtschaft nicht weiter belasten - Berufsausbildung stärken

Der Bundestag wolle beschließen:
I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Diskussion um die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe, nun auch Berufsausbildungssicherungsabgabe genannt, verunsichert die Betriebe in Deutschland erheblich.

Eine solche Abgabe ist nicht geeignet, die Situation der Berufsbildung in Deutschland zu verbessern. In einer schwierigen wirtschaftlichen Situation werden gerade beschäftigungsintensive Unternehmen durch zusätzliche an die Beschäftigtenzahl gekoppelte Zahlungen belastet. Sie wirken wie eine Zwangsabgabe auf die Lohnsumme. Dies läuft den politischen Bemühungen um eine Senkung der Lohnnebenkosten zuwider und ist Gift sowohl für die Konjunktur als auch für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Weitere finanzielle Belastungen würden darüber hinaus das Insolvenzrisiko weiter erhöhen. Viele kleine und mittlere Unternehmen stehen jetzt bereits mit dem Rücken zur Wand und können sich eine Ausbildungsabgabe und den erheblichen Verwaltungsaufwand schlicht nicht mehr leisten. Darüber hinaus werden die kommunalen Haushalte massiv belastet.

Eine Abgabepflicht die an die tatsächliche Ausbildungsleistung der Betriebe anknüpft, trifft auch diejenigen Betriebe, die zwar ausbilden wollen aber keine geeigneten Bewerber finden.

Neue, innovative Unternehmen, Unternehmen, die z.B. junge Akademikerinnen und Akademiker beschäftigen und anlernen, Unternehmen im hochtechnologischen Bereich, die verhältnismäßig wenige Auszubildende mit hohem Aufwand ausbilden,

werden durch eine solche Abgabe unverhältnismäßig bestraft. Für die dringend nötige Innovation in Deutschland ist dies schädlich.

Die in den Plänen der Regierung vorgesehenen Regelungen führen zu einer schleichenden Verstaatlichung der Berufsbildung. Das Angebot an subventionierten Ausbildungsplätzen soll, wie in den bekannt gewordenen Plänen vorgesehen, einseitig nach den Wünschen der Jugendlichen ausgerichtet werden. Eine Orientierung am wirklichen Bedarf der Unternehmen ist dann nicht mehr gegeben. Die Gefahr eines deutlichen Anstieges der Jugendarbeitslosigkeit wird größer.

Noch ist die duale Berufsausbildung ein Standortvorteil für Deutschland.

Die Ausbildungsplatzabgabe ist ein großer Schritt auf dem Wege, auch diesen Vorteil zu verspielen.

Die betriebliche Ausbildung ist und bleibt eine Kernaufgabe der Wirtschaft.

Nach wie vor bestehen jedoch erhebliche Ausbildungshindernisse.

Die Ausbildungskosten sind oft zu hoch. Starre Tarifverträge verhindern flexible und den betrieblichen Verhältnissen angepasste Lösungen.

Nicht alle Ausbildungswilligen sind auch ausbildungsfähig. Die Schulen müssen besser auf die Ausbildung vorbereiten.

Die Reform des Berufsbildungsgesetzes lässt weiterhin auf sich warten. Das derzeitige duale System ist im Hinblick auf die Veränderungen der Gesellschaft, Wirtschaft und Technik zu reformieren. Um mehr Spielraum für betriebliche Ausbildung zu schaffen, ist eine schnelle Flexibilisierung und Deregulierung unseres Berufsbildungssystems erforderlich. Die Ausbildungszeiten müssen differenziert und vor allem verkürzt werden. Die Angebote von Berufen mit theoriegeminderten Anforderungen und verkürzter Ausbildungszeit sind umfassend auszuweiten.

Ausbildungsgänge sind so zu modernisieren, dass viele bisher dreijährige Ausbildungen auch in zwei oder zweieinhalb Jahren absolviert werden können. Es geht auch darum, bei Jugendlichen mit schlechten Startchancen die Motivation zu steigern, eine Ausbildung auch zu beenden. Die Kooperation der betrieblichen und schulischen Ausbildung lässt zu wünschen übrig und ist zu verbessern.

II: Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Allen Plänen zur Erhebung einer Ausbildungsplatzabgabe eine klare Absage zu erteilen.
2. Die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes umgehend zügig und praxisorientiert anzugehen, ohne dabei die Wirtschaft durch zusätzliche Bürokratisierung und Reglementierung zu belasten.
3. Mehr Spielräume für betriebliche Schwerpunkte bei den Ausbildungsordnungen zu schaffen und die Verbundausbildung zu erleichtern.
4. Gesetzgeberisch tätig zu werden, wenn die Tarifvertragsparteien ihrer Verantwortung beim Abschluss von Tarifverträgen über Ausbildungsvergütungen, die die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe steigern, nicht gerecht werden
5. Die gesetzlich zulässigen Beschäftigungszeiten im Jugendarbeitsschutzgesetz zu flexibilisieren.
6. Das Übernahmegericht bei der Jugend- und Auszubildendenvertretung abzuschaffen und die alte, bewährte Rechtslage (Benachteiligungsverbot nach § 78 S. 2 BetrVG alt) wiederherzustellen.
7. Den Prüfungsaufwand für die Betriebe auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

8. Die Kooperation zwischen betrieblicher und schulischer Ausbildung zu erleichtern.
9. Das Angebot von theoriegeminderten Ausbildungsberufen umfassend auszuweiten.
10. Einen einheitlichen europaweit gültigen Ausbildungspass unter Einbeziehung von Weiterbildungsqualifikationen zu schaffen.
11. Alle Initiativen, die zur Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen auf freiwilliger Basis führen können und schon geführt haben, mit Nachdruck zu unterstützen.

Berlin, den 30. März 2004

Cornelia Pieper
Christoph Hartmann (Homburg)
Rainer Brüderle
Ulrike Flach
Daniel Bahr (Münster)
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Christoph Hartmann (Homburg)
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Michael Kauch
Dr. Heinrich Leonhard Kolb
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Dirk Niebel
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Jürgen Türk
Dr. Volker Wissing
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion